



Wien, 29. November 2011

RESOLUTION

der Bundeskonferenz

Die Bundeskonferenz der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst unterstützt die bisherige Linie des Verhandlungsteams der GÖD.

Die GÖD fordert die Bundesregierung auf, die vereinbarten Grundlagen für die Gehaltsfindung einzuhalten. Dies bedeutet, dass die abgerechnete Inflationsrate und ein Anteil am Wirtschaftswachstum als wesentliche Parameter für die Gehaltsverhandlungen heranzuziehen sind.

Der öffentliche Dienst ist für die Budgetkrise nicht verantwortlich. Daher sind die Gehaltsverhandlungen für die öffentlich Bediensteten im Kontext der bisherigen, in anderen Bereichen erzielten Gehaltsabschlüsse zu sehen wobei festzuhalten ist, dass die Kaufkraftstärkung eine zentrale Konjunkturstütze ist.

Die Bundeskonferenz lehnt das erst in der dritten Gehaltsrunde gemachte Angebot der Bundesregierung ab, fordert diese zu umgehenden weiteren Verhandlungen auf und ermächtigt das Präsidium der GÖD gegebenenfalls gewerkschaftliche Maßnahmen zu ergreifen.